

Teil XII

Alternative Streitbeilegungen

(Alternative Dispute Resolutions)

Inhaltsübersicht

A. The Parliamentary and Health Service Ombudsman	282
B. Weitere alternative Verfahren	283
I. Mediation	284
II. Schlichtung („Conciliation“)	284
III. Adjudication	285
IV. Schiedsverfahren („Arbitration“)	286
V. Frühe neutrale Bewertung („Early Neutral Evaluation“)	286

Neben „traditionellen“ Prozessvergleichen sind seit den 1990er Jahren in allen Mitgliedsstaaten der EU alternative Streitbeilegungsverfahren¹ als eine Methode der konsensualen Konfliktlösung in den rechtspolitischen Fokus getreten. Im englischen Recht werden sie als „Alternative Dispute Resolutions“ (ADR) bezeichnet.

In erster Linie handelt es sich hierbei um Schlichtungs- und Mediationsverfahren. Während der Mitgliedschaft in der EU hatte das UK die Vorgaben in der „Mediations-Richtlinie“ (RL 2008/52/EG²) umzusetzen. Ihr sachlicher Anwendungsbereich ist in 2facher Weise eingeschränkt. Zum einen behandelt sie nur grenzüberschreitende Sachverhalte, zum anderen betrifft sie nur Streitigkeiten aus dem Zivil- und Handelsrecht. Allerdings wird im 8. Erwägungsgrund ausdrücklich angemerkt, dass die Mitgliedstaaten nicht gehindert seien, bei der Umsetzung der Richtlinie auch interne Mediationsverfahren (mit) zu regeln.

Das UK hat die Richtlinie durch zwei Verordnungen umgesetzt, und zwar durch „Cross-Border Mediation (EU Directive) Regulations 2011“³ und „The Alternative Dispute Resolution for Consumer Disputes (Competent Authorities and Information) Regulations 2015“⁴. Während die letztgenannte Verordnung zu den Einrichtungen, die für die Durchführung der Verfahren kompetent sind, nach dem Brexit in Kraft blieb, wurde die Verordnung 2011 aufgehoben (dazu gleich).

Verfahren zur ADR beschränken sich nicht auf Mediation. Seit 2024 nehmen die CPR allgemein Bezug auf die Möglichkeit, ADR zu nutzen. Die Regelungen wurden durch „The Civil Procedure (Amendment No. 3) Rules 2024“⁵ eingeführt. R 1.1 (2) (f) CPR verpflichtet die Gerichte, alternative Streitbeilegungen zu fördern oder zu nutzen. R 1.4 (2) (e) a.a.O. hat als übergeordnetes Ziel eingefügt, dass Gerichte die Parteien anweisen

1 Oft wird auch der Ausdruck „Streitlösungsverfahren“ verwandt. In dieser Arbeit wird der Ausdruck „Streitbeilegung“ benutzt. Damit wird die Terminologie in der deutschen Fassung der RL 2008/52/EG übernommen, so im 3. Erwägungsgrund. An diese Terminologie knüpft das deutsche Gesetz zur Förderung der Mediation und anderer Verfahren der außergerichtlichen Konfliktbeilegung vom 21. Juli 2012 an (BGBl I 1577) an.

2 Richtlinie 2008/52/EG des europäischen Parlaments und des Rates vom 21. Mai 2008 über bestimmte Aspekte der Mediation in Zivil- und Handelssachen, ABl/EG Nr. L 136/3 vom 24.05.2008

3 <https://www.legislation.gov.uk/uksi/2011/1133/made>

4 <https://www.legislation.gov.uk/uksi/2015/542/contents>

5 <https://www.legislation.gov.uk/uksi/2024/839/contents/made>

oder ermutigen sollen, alternative Streitbeilegungsverfahren in Anspruch zu nehmen, und die Inanspruchnahme solcher Verfahren zu erleichtern.

Die CPR regeln nicht, welche Verfahren als ADR in Betracht kommen. Eine (teilweise) Konkretisierung erfolgt in der „Practice Direction – Pre-Action Conduct and Protocols“⁶. Zunächst weist para 8 a.a.O. darauf hin, dass Gerichtsverfahren das letzte Mittel sein sollten, um Streitigkeiten zu klären („Litigation should be a last resort“). Dann listet para 10 a.a.O. in Betracht kommende Verfahren auf (dazu gleich näher).

Auch in Verfahren vor dem FtT und UT sollen die Richter die Parteien immer auf die Möglichkeit außergerichtlicher Streitbeilegungen hinweisen⁷.

A. The Parliamentary and Health Service Ombudsman

Als ein alternatives Streitbeilegungsverfahren benennt para 10 of the Practice Direction – Pre-Action Conduct and Protocols u. a. Beschwerden, die von dieser Institution behandelt werden. Das Amt des „Parliamentary Commissioner for Administration“ (PCA), also eines parlamentarischen Bürgerbeauftragten, wurde 1967 geschaffen. An ihn können sich Bürger in Verwaltungsstreitigkeiten wenden⁸. Im Rahmen der Reorganisation des Gesundheitswesens wurde 1973 das Amt eines weiteren Bürgerbeauftragten eingeführt, nämlich des „Health Service Commissioner“⁹. In der Praxis bzw. offiziellen Dokumenten spricht man auch vom „Parliamen-

6 https://www.justice.gov.uk/courts/procedure-rules/civil/rules/pd_pre-action_conduct

7 So in r 3.1 (1) UT Rules 2008, r 3.1 (1) SEC Rules 2008, r 3.1 (1) HESC Rules 2008, r 3.1 of the Tribunal Procedure (First-tier Tribunal) (General Regulatory Chamber) Rules 2009, <https://www.legislation.gov.uk/uksi/2009/1976/contents>; r 4.1 (1) of the Tribunal Procedure (First-tier Tribunal) (Property Chamber) Rules 2013, <https://www.legislation.gov.uk/uksi/2013/1169/contents>; r 3.1 of the Tribunal Procedure (First-tier Tribunal) (Tax Chamber) Rules 2009, <https://www.legislation.gov.uk/uksi/2009/273/contents>; r 3.1 (1) of the Tribunal Procedure (First-tier Tribunal) (War Pensions and Armed Forces Compensation Chamber) Rules 2008, <https://www.legislation.gov.uk/uksi/2008/2686/contents>

8 Parliamentary Commissioner Act 1967, <https://www.legislation.gov.uk/ukpga/1967/13/contents>

9 Ss 31 et seqq National Health Service Reorganisation Act 1973, <https://www.legislation.gov.uk/ukpga/1973/32/part/III/enacted>

tary and Health Service Ombudsman“ (PHSO)¹⁰. Obwohl es sich um zwei getrennte Ämter handelt, wird in der Regel eine Person für beide Ämter ernannt¹¹.

Die Aufgaben des PHSO bestehen darin, Beschwerden nachzugehen, etwa wenn jemand meint, unfair behandelt worden zu sein oder ungenügende Leistungen von Behörden und anderen öffentlichen Organisationen oder dem National Health Service (NHS) erhalten zu haben. Ursprünglich musste die Beschwerde über ein Mitglied des House of Commons eingereicht werden (s 6 < 3 > of Parliamentary Commissioner Act 1967¹². Die Einschränkung ist zum 29.01.2025 entfallen¹³.

Die Befugnisse sind im zitierten „Parliamentary Commissioner Act 1967“ festgelegt. Der Ombudsman trifft keine abschließende Sachentscheidung. Er führt, wenn er dies für geboten hält, eine Untersuchung durch und gibt den Betroffenen das Ergebnis bekannt. Da die Beteiligten in der Regel der Auffassung des Ombudsman folgen, wird eine gerichtliche Auseinandersetzung oft vermieden.

Die Leistungen des PHSO sind kostenlos.

B. Weitere alternative Verfahren

Auch wenn para 10 of the Practice Direction – Pre-Action Conduct and Protocols nur drei weitere Verfahren nennt („mediation, arbitration and early neutral evaluation“), kommen im UK zwei weitere Verfahren in Betracht, nämlich „conciliation“ und „adjudication“. Die 5 Verfahren werden wie folgt skizziert.

10 House of Commons Library, Research Briefing, by Sarah Priddy, 10 January 2025: „The Parliamentary Ombudsman: role and proposals for reform“, <https://commons-library.parliament.uk/research-briefings/cbp-7496/>; House of Commons, Public Administration and Constitutional Affairs Committee: „Parliamentary and Health Ombudsman Scrutiny 2021–2022. 6th Report of Session 2022–2023“, <https://publications.parliament.uk/pa/cm5803/cmselect/cmpubadm/745/report.html>

11 The Parliamentary Ombudsman: role and proposals for reform (Fn 10), p 5)

12 <https://www.legislation.gov.uk/ukpga/1967/13/contents>

13 S 27 (10) of the Victims and Prisoners Act 2024, <https://www.legislation.gov.uk/ukpga/2024/21/contents>

I. Mediation

S 24 TCEA 2007 enthält Vorgaben, falls Verfahrensvorschriften für das FtT Näheres zur Mediation regeln. Allerdings wurde von dieser Möglichkeit bislang nicht Gebrauch gemacht. Auch allgemein fehlen gesetzliche Regelungen zur Mediation. Das unterscheidet das englische Recht vom deutschen Recht¹⁴.

Während der Mitgliedschaft des UK in der EU hatte die „Cross-Border Mediation (EU Directive) Regulations 2011“¹⁵ die Vorgaben zur Mediation in der „Directive 2008/52/EC of the European Parliament and of the Council“¹⁶ umgesetzt. Mit Wirksamwerden des Brexit zum 1.02.2020 hob die „Cross-Border Mediation (EU Directive) (EU Exit) Regulations 2019“¹⁷ die Verordnung von 2011 auf. Die Regelungen beschränkten sich ohnehin auf grenzüberschreitende Sachverhalte, waren also nicht auf innerstaatliche Streitigkeiten anzuwenden.

In Ermangelung einer gesetzlichen Regelung zeigt ein Leitfaden, der vom Justizministerium herausgegeben wurde¹⁸, dass im UK die Mediation im Wesentlichen nach gleichen Regeln durchgeführt werden soll wie im deutschen Recht.

II. Schlichtung („Conciliation“)

Das Recht des UK enthält keine gesetzlichen Regelungen zur Schlichtung. In Deutschland fehlt ebenfalls eine generelle gesetzliche Regelung, jedoch sind u. a. im Sozialrecht in Einzelfällen Schlichtungsverfahren vorgesehen¹⁹.

14 Gesetz zur Förderung der Mediation und anderer Verfahren der außergerichtlichen Konfliktbeilegung vom 21.07.2012, BGBl I 1577; zur Anwendbarkeit in sozialgerichtlichen Verfahren siehe § 202 Satz 1 SGG.

15 <https://www.legislation.gov.uk/ukxi/2011/1133/made>

16 <https://www.legislation.gov.uk/eudr/2008/52/contents>;

17 <https://www.legislation.gov.uk/ukxi/2019/469/contents/made>

18 Ministry of Justice: „A guide to civil mediation“, published 20 July 2021, <https://www.gov.uk/guidance/a-guide-to-civil-mediation>

19 § 17c Abs. 3 KHG (Gesetz zur wirtschaftlichen Sicherung der Krankenhäuser und zur Regelung der Krankenhauspflegesätze; Krankenhausfinanzierungsgesetz – KHG), § 19 Abs. 1 Satz 1 KHG, § 16 BBG (Gesetz zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen; Behindertengleichstellungsgesetz – BGG), § 319 SGB V

Die Schlichtung ist ein außergerichtliches Verfahren, das der Mediation ähnelt. Der Unterschied besteht vor allem darin, dass die Parteien in einer Schlichtung den/die Schlichter/in ersuchen, einen Einigungsvorschlag zu unterbreiten. Demgegenüber versuchen die Parteien in einer Mediation mit Hilfe des Mediators/der Mediatorin selbst zu einer einverständlichen Lösung zu kommen²⁰.

Die Durchführungen einer Schlichtung hängt im englischen Recht davon ab, dass die Parteien zuvor eine Schlichtungsvereinbarung getroffen haben, in der sie das Verfahren im Einzelnen bestimmen.

III. Adjudication

Hierbei handelt es sich um ein außergerichtliches Streitbeilegungsverfahren, für das es keine Parallelen im deutschen Recht gibt. Der Ausdruck „adjudication“ lässt sich in diesem Zusammenhang wohl mit „Entscheidungsfindung“ übersetzen.

Das Verfahren ähnelt einem Schiedsgerichtsverfahren, ist allerdings weniger förmlich und billiger. Es ist anwendbar, wenn es gesetzlich vorgesehen ist und kommt vor allem im Bausektor zur Anwendung. So sieht s 108 of the Housing Grants, Construction and Regeneration Act 1996²¹ vor, dass die Partei eines Bauvertrages bei Streitigkeiten das Recht hat, den Streit verbindlich durch einen Adjudicator entscheiden zu lassen. Hierauf nehmen ss 2 and 3 of the Scheme for Construction Contracts (England and Wales) Regulations 1998²² Bezug.

Vergleichbare Regelungen für Verfahren vor den FtT fehlen. Es wird – wie in den CPR – nur allgemein auf ADR Bezug genommen, nicht aber auf die „adjudication“.

20 Wegen der gängigen Definitionen kann beispielhaft auf die „Informationen zur Streitbeilegung“ der Dispute Resolution Hamburg.com verwiesen werden, dort in den Rubriken „Schlichtung“ und „Mediation“, <https://www.dispute-resolution-hamburg.com/de/informationen>

21 <https://www.legislation.gov.uk/ukpga/1996/53/contentsn>

22 <https://www.legislation.gov.uk/uksi/1998/649/contents/made>

IV. Schiedsverfahren („Arbitration“)

Rechtsgrundlage für ein Schiedsgerichtsverfahren ist der „Arbitration Act 1996“²³. Da Schiedsgerichtsverfahren in Streitigkeiten vor dem FtT und dem UT nicht zur Anwendung kommen²⁴, wird auf eine weitere Darstellung verzichtet.

V. Frühe neutrale Bewertung („Early Neutral Evaluation“)

Dieses außergerichtliche Verfahren ermöglicht den Parteien eine unabhängige Person zu ernennen, die ihnen ihre unverbindliche Auffassung zur Begründetheit der Klage mitteilt. Es handelt sich der Sache nach um eine gutachterliche Stellungnahme. Der Vorschlag kann die Grundlage für eine vergleichsweise Regelung sein (A process by which the parties involved appoint an independent person to provide a non-binding opinion on the merits of the parties' case. This can assist the parties to make a decision as to how to proceed, whether this is by settlement, or further ADR²⁵).

23 <https://www.legislation.gov.uk/ukpga/1996/23/contents>

24 Vgl. r 3 (2) SEC Rules 2008, r 3 (2) HESCC Rules 2008, r 4 (2) of the Tribunal Procedure (First-tier Tribunal) (Property Chamber) Rules 2013, <https://www.legislation.gov.uk/uksi/2013/1169/contents>; r 3 (2) of the Tribunal Procedure (First-tier Tribunal) (Tax Chamber) Rules 2009, <https://www.legislation.gov.uk/uksi/2009/273/contents>, r (2)) of the Tribunal Procedure (First-tier Tribunal) (War Pensions and Armed Forces Compensation Chamber) Rules 2008, <https://www.legislation.gov.uk/uksi/2008/2686/contents>

25 International Judicial Dispute Resolution Network: „Practice Guide On Early Neutral Evaluation (ENE)“, 1 June 2024, <https://www.int-jdRnorg> > files > Early_Neutral